

Anlage 4:

Eberswalde den 28.03.2019

Sybilla Keitel, Gert Müller, Andreas Reichling

Beschreibung der Entwicklung der Landwirtschaft und Dokumentation von Umweltbelastungen aus der Umgebung von Stabeshöhe

Umweltprobleme durch die Landwirtschaft entstanden im Landkreis Uckermark in Folge der GAP Reform 2003 und der Reform des EEG 2007. Zunächst wurden zahlreiche Biogasanlagen gebaut und die lokalen Feldfrüchte Roggen, Weizen, Gerste zunehmend durch Mais, Raps und Hirse ersetzt. Mit ihnen verschwanden auch viele Blühsäume samt Kornblumen, Mohnblumen, Ackerwinde, Johanniskraut etc. Das Saatgut für Mais wird gebeizt und beim Anbau werden regelmäßig flächendeckend Herbizide gespritzt. Mais als Dauerkultur entzieht dem Boden Humus, was zu einer Verarmung des Bodenlebens und einer Schädigung der Bodenstruktur führt. Als Ersatz wird Kunstdünger gestreut, der leicht in die Gewässer ausgewaschen wird. Kommen Amphibien mit dem Kunstdünger in Berührung, wird ihre Haut verätzt. Bei Starkregen kommt es aufgrund von geringer Bodenbedeckung zu Erosion und einer Akkumulation der ausgebrachten Pestizide in den Kleingewässern.

Die AutorInnen sowie die AnwohnerInnen in Stabeshöhe konnten ein signifikantes Artensterben im Bereich der Anbauflächen beobachten, dieses betraf insbesondere auch die Bienenvölker eines lokalen Imkers. Augenscheinlich wahrnehmbar wurde auch die Verunreinigung eines großen Feldsolls westlich des Ortes Stabeshöhe (siehe Abb. 1). Dies veranlasste Sybilla Keitel und Gert Müller am 05.06.2011 dort eine Wasserprobe zu entnehmen, um diese auf Rückstände von Pestiziden untersuchen zu lassen. Das Feldsoll liegt im FFH-Gebiet Klaushagen.

Die Analyse des akkreditierten chemischen Labors für Softwareentwicklung und intelligente Analytik (SOFIA GmbH) konnte im Wasser des Kleingewässers (Abb. 1) zahlreiche Pestizide und Abbauprodukte nachweisen (siehe Anlage 5). Mit Ausnahme eines Pestizids übersteigen die Messwerte die zulässigen Grenzwerte für Grund- und Trinkwasser (der WRRL) um bis zu 12.000 %. Weiterhin wurde das Herbizid „Simazin“ nachgewiesen, das seit dem Jahr 2000 in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr zugelassen ist.



Abb. 1: Feldsoll (rote Markierung) westlich von Stabeshöhe in dem 2011 Wasserproben genommen wurden

Die Belastungen waren danach Gegenstand einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Axel Vogel der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag (Drucksache 5/4149, siehe Anlage 6). Die Brandenburger Landesregierung hatte zuvor ebenfalls am 15.07.2011 eigene Wasserproben in dem Feldsoll gezogen und im Labor untersuchen lassen (siehe Anlage 6). In ihrer Antwort vom 01.12.2019 gibt die Brandenburger Landesregierung an, eine extreme Belastung durch Pestizide und Abbauprodukte in dem Kleingewässer gemessen werden konnte, obwohl der Landwirt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben konventionelle Landwirtschaft betrieb. Das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung ordnete daher 2011 die Anlage eines Pufferstreifens um das Kleingewässer an. Weitere Untersuchungen der Landesregierung im Folgejahr zeigen aber, dass selbst nach der Anlage dieses Pufferstreifens weiterhin bedenkliche Konzentrationen an Pestiziden und Abbauprodukten im Gewässer vorhanden waren (siehe Anlage 7).

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) startete aufgrund der Ergebnisse der Wasseruntersuchungen in Stabeshöhe in den Jahren 2012 und 2013 eine breit angelegte Untersuchung von Wässern aus 14 Kleingewässern in der Agrarlandschaft in dieser Region (siehe Anlage 8). Dabei wurde ebenfalls das Feldsoll bei Stabeshöhe

untersucht. Die Ergebnisse waren erneut alarmierend. Auch in weiteren Gewässern in der Region waren hohe Konzentrationen von Pestiziden und deren Abbauprodukten enthalten. Teilweise wurden ebenfalls verbotene Stoffe nachgewiesen. Die hohe Belastung des Feldsolls bei Stabeshöhe im FFH-Gebiet Klaushagen wurde dabei erneut bestätigt. Darüber hinaus konnte mittels der Studie gezeigt werden, dass ein Zusammenhang von Pestizidbelastungen von Kleingewässern und intensiver Landwirtschaft besteht.



Abb. 2: Zustand des Feldsolls bei einer Begehung am 05.05.2013

Das Soll bei Stabeshöhe war vor seiner Verunreinigung Lebensraum zahlreicher Amphibienarten, insbesondere auch der Rotbauchunke und des Kammmolchs. Diese sind Arten des Anhangs II der FFH Richtlinie, die gemeinschaftlichem Interesse sind und für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

Anwohner beobachten das Arten, die zuvor in großer Zahl in dem Soll und der Umgebung vertreten waren und in Folge der Ereignisse signifikant selten geworden sind. Das gilt für die beide über weite Entfernung hörbaren Arten Laubfrosch und Rotbauchunke. Ihre Rufe waren als Dauerton in den angrenzenden Häusern bis ca 2010 unüberhörbar, bis heute sind nur noch einzelne Exemplare zu hören. Bei einer Begehung am 05.05.2013 konnte Andreas Reichling zwei adulte Rotbauchunken auf Rufer nachweisen. Das Soll wies zu dem Zeitpunkt

neben der nachgewiesenen Kontamination mit Pestiziden deutliche Anzeichen von Eutrophierung auf. Bei dem Soll handelte es sich um ein strukturell für Amphibien nach wie vor geeignetes Laichgewässer. Aufgrund der Belastungen muss aber angezweifelt werden, ob sich abgelegter Laich von Amphibien noch erfolgreich entwickeln konnte. Typische Vegetationsstrukturen als Hinweis auf einen erhöhten Nährstoff Eintrag waren zum Zeitpunkt der Begehung nachweisbar (Abb. 2).

Das Soll bei Stabeshöhe war das einzige untersuchte Feldsoll in dem FFH-Gebiet und auch das einzige Soll, bei dem später ein Pufferstreifen angelegt wurde. Dieses Feldsoll war wahrscheinlich nie Teil des Monitorings von Rotbauchunken. Aus Anlage 3 wird ersichtlich das die Population der Rotbauchunken im FFH-Gebiet Klaushagen nach dem Jahr 2008 nicht wieder untersucht wurden.

Fazit:

Die massiven Gefährdungen, welche durch die intensive konventionelle Landwirtschaft auf die Populationen der Arten des Anhangs II der FFH Richtlinie, insbesondere Kammmolch und Rotbauchunke wirken, wurden in dem betreffenden Gebiet um Stabeshöhe von der Brandenburger Landesregierung nicht ausreichend untersucht. Daher wurden keine angemessenen Maßnahmen ergriffen, um eine weitere Verschlechterung des Zustands der Populationen zu verhindern. Die gesammelten Daten belegen allerdings hinlänglich, dass es zu einer sehr deutlichen Verschlechterung der Populationen von Kammmolch und Rotbauchunke gekommen ist.